

Grafikstrecke | 04.12.2014 | Lesezeit 1 Min.

Das digitale Rathaus

Fünf mal pro Jahr hat der durchschnittliche Deutsche etwas auf einer Behörde zu tun. Vieles davon könnte online erledigt werden – doch die amtlichen Internetdienste werden bisher nur von knapp der Hälfte der Bundesbürger genutzt. Dabei bietet das digitale Rathaus viele Vorteile: Aufwendige Wege und Wartezeiten entfallen, die Zusammenarbeit mit der Verwaltung ist direkter, schneller und transparenter. Auch für Städte und Kommunen lohnt sich die Investition ins E-Government, denn sie können dadurch Bürokratie abbauen und Verwaltungskosten reduzieren.

Europäer online

So viel Prozent der Internetnutzer konnten im Jahr 2013 mit mindestens

30 Mbit/s surfen

	insgesamt	auf dem Land
Malta	100	93
Belgien	98	75
Niederlande	98	98
Litauen	97	55
Luxemburg	94	94
Lettland	92	29
Portugal	84	36
Dänemark	83	13
Vereinigtes Königreich	82	26
Zypern	77	45
Ungarn	76	18
Norwegen	75	16
Deutschland	75	21
Estland	74	58
Slowenien	74	46
Finnland	72	7
Schweden	71	9
Österreich	70	16
Bulgarien	68	0
Rumänien	66	25
Spanien	65	23
Tschechien	64	4
Island	61	0
Slowakei	58	4
Irland	54	6
Polen	49	8
Frankreich	41	16
Kroatien	33	0
Griechenland	27	0
Italien	21	0

Quelle:
Europäische Kommission

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 49

Die Bundesregierung hat die Bedeutung des E-Governments erkannt und im vergangenen Jahr das E-Government-Gesetz verabschiedet sowie in diesem Jahr die digitale Agenda vorgelegt. Trotz dieser Bemühungen müssen sich die Bundesbürger aber vorerst noch damit abfinden, dass andere Länder schneller und konsequenter waren. Österreich gilt als Paradebeispiel für eine moderne Verwaltung, denn dort

können die Bürger die meisten ihrer Anliegen rund um die Uhr auf Online-Portalen erledigen.

Doch auch in Deutschland gibt es Städte, die E-Government bereits erfolgreich umgesetzt haben. Das Bürgerservice-Portal von Ingolstadt zum Beispiel erlaubt es den Bürgern, Wohnungen an- oder umzumelden, Theaterkarten zu buchen oder Fristen für ausgeliehene Bücher aus der Stadtbibliothek zu verlängern. Die Ingolstädter nehmen diesen digitalen Service gerne in Anspruch: Zwei Drittel der Bürger haben sich für eID registrieren lassen, einem Dienst, mit dem man sich online gegenüber Behörden ausweisen kann. Bundesweit nutzen dieses Verfahren bisher lediglich 28 Prozent der Bürger.

Um im internationalen Vergleich mithalten zu können, muss E-Government in Deutschland konsequent weiter entwickelt werden. Dazu gehört auch der flächendeckende Ausbau des Breitbandinternets, sodass auch ländliche Regionen einen Zugang zu schnellerem Internet haben.

Behördendienste im Netz

So viel Prozent der Bürger haben diese
Online-Informationen bzw. Online-Dienste bereits genutzt

Verwaltung



Informationen zu
Öffnungszeiten/
Kontaktdaten



Informationen zu
Zuständigkeiten



Abwicklung der
elektronischen
Steuererklärung

Verkehr



Fahrplanauskunft



Wunschkennzeichen
reservieren



Ticket für den
öffentlichen
Nahverkehr kaufen

Freizeit



Informationen zu kommu-
nalen Freizeitangeboten

(z. B. städtisches Schwimmbad,
Theater, Zoo)



Bücher-/
Medienverleih



Anmeldung an
der Volkshochschule

Mehrfachnennungen; Befragung von 1.002 Internetnutzern ab 18 Jahren
in Deutschland im Jahr 2014; Quelle: eGovernment Monitor

Barrieren im E-Government

So viel Prozent der Internetnutzer machen aus diesen Gründen keinen Gebrauch von den Online-Diensten der Behörden



Viele Online-Angebote
nicht bekannt



Mangelnde
Datensicherheit



Vorgänge nicht
durchgängig digital
zu erledigen



Unzureichende
Hilfestellungen
der Behörden



Undurchschaubare
Struktur



Mangelndes
Vertrauen



Verfahren sprachlich
schwer verständlich



Online-Abwicklung
zu unpersönlich

Mehrfachnennungen; Befragung von 1.000 Internetnutzern ab 18 Jahren in Deutschland im Jahr 2014; Quelle: eGovernment Monitor

E-Government in Europa

So viel Prozent der Bürger nutzten im Jahr 2013 die Internetangebote der Behörden



Dänemark



Island



Niederlande



Schweden



Norwegen



Finnland



Frankreich



Luxemburg



Österreich



Slowenien



Belgien



Deutschland



Estland



Irland

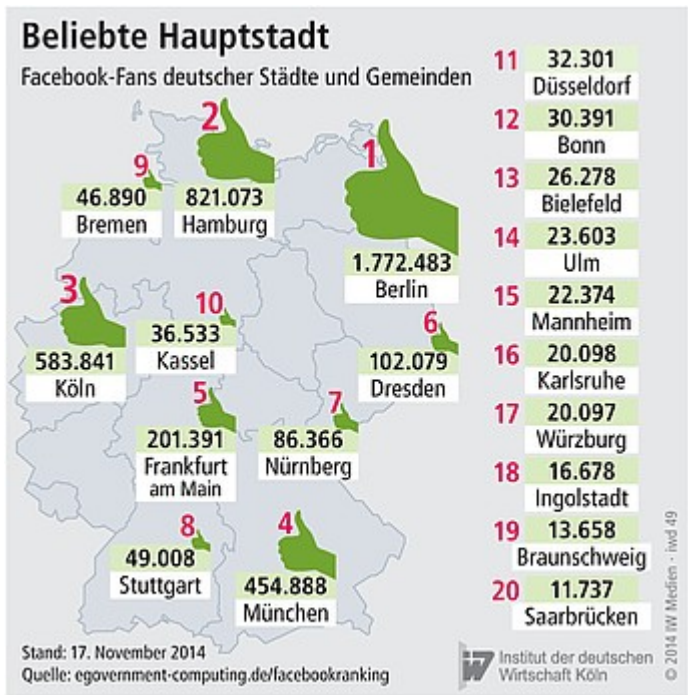


Spanien

Quelle:
Eurostat

© 2014 IW Medien · iwd 49

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



Kernaussagen in Kürze:

- Fünf Mal pro Jahr hat der durchschnittliche Deutsche etwas auf einer Behörde zu tun.
- Die Bundesregierung hat die Bedeutung der elektronischen Verwaltung erkannt und im vergangenen Jahr das E-Government-Gesetz verabschiedet sowie in diesem Jahr die Digitale Agenda vorgelegt.
- Um im internationalen Vergleich mithalten zu können, muss E-Government in Deutschland konsequent weiterentwickelt werden.